



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der säkulare Kampf gegen das Riesenkapital in Nordamerika

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der säkulare Kampf gegen das Riesenkapital in Nordamerika



Der jähe Sturz der nordamerikanischen Börsenwerte übt einen weithin fühlbaren Rückschlag auf die Politik der Vereinigten Staaten aus. Ja es ist sehr wohl möglich, daß sich die Wirkung weit über die Grenzen Amerikas fortpflanzt. Denn wenn sie den Sturz der wesentlich auf den Agitationsmitteln der Trusts beruhenden imperialistischen Partei bewirkt, so kann das tief in die internationale Weltpolitik eingreifen, nicht nur indirekt durch wirtschaftliche Frontverschiebungen, sondern unmittelbar durch Amerikas Verhalten gegen die Philippinen, gegen Kanada, gegen Japan. Der Börsenkrach hat nach einer sachmännischen Berechnung 5300 Millionen Dollars (22 $\frac{1}{4}$ Milliarden Mark, mehr als fünfmal so viel als die französische Kriegsschädigung) an Kurswerten zerstört. Ob diese teilweise vorher eingebildet waren oder nicht, das tut hier nichts zur Sache. Denn auf alle Fälle beschuldigt der verlierende Teil des Publikums die wesentlich von den Trusts geleitete Newyorker Börse, sowohl den vorherigen Hausschwandel wie den jetzigen Sturz künstlich gemacht zu haben. Die Erbitterung ist groß und hat weite Kreise ergriffen. Die geschädigten Leute und die, die mit ihnen empfinden, schauen nach zwei Seiten um Hilfe, nach der demokratischen Partei und nach dem Bundespräsidenten Roosevelt. Der Präsident ist Gegner der Trusts, zugleich aber das Haupt der republikanischen Partei; vor allem ist er der Anführer der Imperialisten und der Expansionisten. Die demokratische Partei stimmt mit ihm im Haß gegen das monopolbildende Riesenkapital ganz überein, haßt aber zugleich auch den Imperialismus und den hohen Schutz-zolltarif, wofür doch Roosevelt eintritt. Die Lage läßt also die sonst für amerikanische Verhältnisse so bezeichnende Einfachheit vollständig vermissen, sie ist verworrener als jemals seit Lincolns Wahl zum Präsidenten, der bekanntlich drei Gegenkandidaten hatte. Die Trustleute erwidern aus vollem Herzen den Haß gegen den Präsidenten, der den Mut hat, die Mißwirtschaft des

Riesenkapitalismus ans Licht zu ziehn und dessen Haupteigentümer und Leiter als die verantwortlichen Ursachen nicht nur des letzten Börsenkrachs, sondern einer ganzen Kette von Übelständen zu denunzieren. Sie lehren den Spieß um und beschuldigen ihn und seine Eisenbahnpolitik, die auf staatliche Kontrolle über die Privatbahnen hinausläuft, die Erschütterung der Börsenwerte veranlaßt zu haben. Das Trustwesen erreicht seine höchste Spitze in dem obersten Haupt des Petroleummonopols der Standard-Oil-Company, John D. Rockefeller, dessen Vermögen nach Milliarden von Dollars zählt. Der auf die Einschränkung gerichtete Reformeifer verkörpert sich in dem Präsidenten Roosevelt. Daneben steht die demokratische Partei als die durch ihre Geschlossenheit vielleicht — nur vielleicht — ausschlaggebende Partei, die aber mit sich noch keineswegs im reinen ist über das, was sie für die Präsidentenwahl vom November 1908 zu tun hat.

Man weiß natürlich noch nicht, welchen Gang die Entwicklung nehmen wird. Aber das kann man wohl sagen: reichen sich die so vielgestaltigen Gegnerschaften gegen das Trustwesen die Hand, so kann es zu einem Kampfe von säkularer Bedeutung kommen. Und gelingt es dieser Bundesgenossenschaft, die ungeheuern, in so wenigen Händen vereinigten Riesenkapitalien unter die Fuchtel der Staatsgewalt zu bringen, so tritt sogar die Abschaffung der Sklaverei an Bedeutung dahinter zurück. Denn seit diesem großen Ereignis sind die Vereinigten Staaten zur ersten wirtschaftlichen Großmacht des Erdballs geworden. Und wenn sie schon die erste Stelle erreicht haben, so ist ihre Anwartschaft, noch immer mehr alle andern hinter sich zu lassen, noch weit größer. Bedenke man doch nur, daß sie in der Produktion von Eisen, Stahl, Kupfer, Steinkohlen, Petroleum, Baumwolle, Getreide, Vieh jedes andre Land weit übertreffen, und daß dennoch ihrem Bergbau und ihrer Landwirtschaft noch weite Grenzen gesteckt sind, die sie entfernt noch nicht erreicht haben.

Man muß zugeben, daß die Stellung des Präsidenten Roosevelt nicht immer ganz klar gewesen ist. Er ist von jeher ein Anhänger der republikanischen Partei gewesen, der Partei des Hochschutzzolls. Mit ihr hat er für die Erwerbung neuer Märkte im Auslande gekämpft. Dies war das unausgesprochne Ziel der Einmischung Nordamerikas in die spanisch-kubanischen Wirren. Durch seine Teilnahme an dem Kriege gegen Spanien an der Spitze seines Freiwilligenregiments hat er seine weitgehende Popularität errungen. Schon wurde er den Trustleuten unbequem, da sie in ihm eine schwer zu bezähmende Selbständigkeit erkannten. Sie dachten ihn unschädlich zu machen und setzten 1900 seine Wahl zum Vizepräsidenten durch, einer Stellung, die ohne alle Bedeutung ist. Durch die Ermordung Mac Kinleys kam Roosevelt unerwartet in die wichtige Präsidentenstellung. Hatte schon Mac Kinley mit dem Gedanken an eine Ermäßigung der Schutzzölle gespielt, so machte Roosevelt diesen gleich bei seinem Amtsantritt zu dem seinigen. Er sagte offen, daß die amerikanische Industrie so weit vorgeschritten sei, daß sie den Schutz nicht mehr in voller Höhe

brauche, wenigstens nicht in allen Industriezweigen. Und schon damals wandte er sich gegen die Trustwirtschaft. Das veranlaßte schon 1904 die Trusts, eine andre Kandidatur zu pouffieren und in Aussicht zu stellen, daß sie für die Parteikasse kein Geld hergeben würden. Das war eine fürchterliche Drohung. Denn zur Wahlbewegung gehört in den Vereinigten Staaten noch viel mehr Geld als anderwärts; bisher hatten die Trusts die Kassen gefüllt. Es war kaum abzusehen, woher sonst die Fonds kommen sollten. Da starb einige Monate vor der Wahl der mutmaßliche Kandidat der Trusts, der „Boß“ der Republikaner, Mark Hanna. Das gab den Anlaß, noch einmal Frieden zu schließen. Es ist unverkennbar, daß Roosevelt dabei eine ansehnliche Strecke Wegs zurückgegangen ist; man muß annehmen, daß er es des Friedens halber getan hat. Jetzt erklärte er sich gegen eine Revision des Zolltarifs, obwohl Freund und Feind darüber einverstanden waren, daß das einzige Mittel, die industriellen Privatmonopole zu brechen, in der Einfuhr wohlfeiler ausländischer Konkurrenzartikel bestehe. Roosevelt erklärte, man dürfe die Assoziation des Großkapitals keineswegs grundsätzlich bekämpfen, nur müsse der Staat eine Kontrolle über sie gewinnen, um ihre nützlichen Wirkungen zu fördern, ihre schädlichen zu hindern. Nun nahm alle Welt an, daß eine Staatsaufsicht in Amerika nichts zu bedeuten habe, am wenigsten, wenn sie gegen das Großkapital geht. Man schloß also den Frieden, Roosevelt wurde mit ungeheurer Mehrheit gewählt, da er den Trustgegnern als Vorkämpfer galt und doch andererseits die volle Unterstützung der Trusts selber fand.

Der Frieden war nicht von Dauer. Die Ereignisse brachten es mit sich, daß Roosevelt durch die von ihm verkündeten Grundsätze aufs neue mit den Trusts in Konflikt kam, und zwar ernster, als man vorher hatte glauben wollen. Er war es, der als Schiedsrichter den Streit der Bergleute der Anthrazitkohlenbergwerke in Pennsylvanien zugunsten der Arbeiter schlichtete. Er war es, der den Stier des Fleischtrusts bei den Hörnern packte, die abscheuliche Mißwirtschaft und Unsauberkeit bloßlegte und eine wirksame Staatskontrolle durchsetzte. Endlich hat er mit dem Gesetz über die Bundesaufsicht über die Eisenbahnen, die mehrere Einzelstaaten berühren, die Wege der Eisenbahnmagnaten ärgerlich durchkreuzt. Die geheimen Frachtrabatte, die ein so wesentliches Werkzeug der Korruption und der Kursmanipulationen an der Börse waren, wurden nun unter Strafe gestellt, und sogar Rockefeller, dessen ganzer Reichtum seinen Ursprung in diesen geheimen Frachtrabatten hatte, wurde in einer auch ihm nicht gleichgiltigen Weise in Strafe genommen. Mitte April wurde die Standard-Ölgesellschaft von dem Distriktsgerichte in Indiana schuldig erkannt, von der Eisenbahnlinie Chicago—Alton Rabatt auf Überfrachtungen angenommen zu haben. Es handelt sich um 1463 Fälle, für die eine Maximalstrafe von 29260000 Dollars verhängt werden kann. Die Standard-Ölgesellschaft zahlte 6 Cents pro hundert Pfund, während sie 18 Cents hätte zahlen müssen. In verschiedenen andern Staaten steht sie unter gleicher Anklage. Die tückischen

Winkelzüge, mit denen die Trustleute der staatlichen Aktion zu begegnen suchten, die Einwände der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes, die Verschleppungsversuche verfangen nicht mehr. Vor allem: es war kein Ende abzusehen, wann denn die Trusts wieder im Vollbesitz ihrer Freiheit sein würden. Das ist mit einer in andern Verhältnissen begründeten Börsenkrisis zusammengetroffen und hat den Krach erzeugt. Vielleicht ist dieser von den Trusts geradezu befördert worden, damit aller Welt klar werde, wohin des Präsidenten verderbliche Politik führe. Doch das kann man nicht mit Bestimmtheit sagen; wer könnte diesen Grandfaisceaux in die Karten sehen! Sollten sie zu solchem Zweck den Krach heraufbeschworen haben, so würden sie den Mißerfolg kaum leugnen können, denn der Zorn hat sich viel mehr gegen sie als gegen Roosevelt gewandt.

Das Spinnennetz des Newyorker Riesenkapitalismus ist schwer in Kürze genau zu schildern. Faden reiht sich an Faden, Quersäden verbinden die Längsäden. Wenn das Netz an einem Punkte berührt wird, freundlich oder rauh, so spüren es alle Verzweigungen. Unähnlich ist das Newyorker Trustwesen dem Spinnennetz insofern, als dieses nur eine einzige Spinne hat, jenes aber eine ganze Anzahl, die in einer gewissen, wenn auch manchmal durch gegenseitige Intrigen gemilderten Eintracht zusammenwirken. Die große Hauptspinne ist John D. Rockefeller, jener Mann, der um 1860 mit einem kleinen Ladengeschäft in Ohio seine Laufbahn begann, mit einem Arbeiter aus einer Petroleumraffinerie eine eigne Raffinerie anfang und sich durch allerlei Listen und Ränke geheime Frachtrabatte der Eisenbahnen zu ergattern wußte, der dann sein Unternehmen vergrößerte und vergrößerte, die konkurrierenden Fabriken ankaufte oder durch vorübergehende Schleuderkonkurrenz ruinierte und endlich auch die Mehrheit der Aktien in den Eisenbahn- und Röhrenleitungsgesellschaften an sich brachte.

Damit war er Herr über das Petroleumgeschäft geworden. Er nutzte es als Monopol aus, häufte Hunderte von Millionen Dollars übereinander und fing mit den Riesensummen Duzende anderer Riestrusts in der Industrie und im Bergbau an. Die zersplitterten Industrien schweißte er durch Lockungen und Drohungen, durch ruinöse Konkurrenz und darauf folgenden Ankauf zu Spottpreisen zusammen. Er sichert sich und seinen eng mit ihm liierten Freunden etwas über die Hälfte der Aktien in jedem Unternehmen, dann ist der Rest machtlos. Eisenbahnen und Banken stehen ihm zu Gebote. Er als die entscheidende Persönlichkeit nutzt die Folgen der von ihm gefaßten Beschlüsse aus, noch ehe er sie bekannt gegeben hat. Er kann dadurch die Aktienkurse beeinflussen und nach beiden Seiten verdienen, sowohl beim Steigen wie beim Fallen, wenn der Gang seinen Erwartungen gemäß ausfällt. Um richtig zu prognostizieren, besitzt er mehr Mittel als irgendein anderer Mensch. Mit ihm sind etliche Duzend, in weitem Verzweigungen vielleicht etliche hundert Riesenkapitalisten innig verbunden. Das Ganze ist eine Riesenmacht ohnegleichen. Das Publikum muß sich die Börsenmachinationen dieser Clique gefallen lassen, ebenso die Preisfestsetzungen. Unbequeme Konkurrenten werden erbarmungslos vernichtet. Die

Arbeiter können nichts machen. Auch ihre Koalition versagt oft, weil sie es nur mit einem einzigen Arbeitgeber zu tun haben, und weil ununterbrochen frische Kräfte aus dem Auslande zuströmen.

Drückend ist dabei namentlich die Herrschaft über die Politik. Nirgends ist das Parteiwesen geschlossener und besser diszipliniert als in den Vereinigten Staaten. Selbst das englische reicht nicht daran. Seit der erwähnten, übrigens mit der Umgestaltung zusammenhängenden Zersplitterung im Jahre 1860 sind immer nur die beiden Parteien maßgebend gewesen, die republikanische und die demokratische. Dazwischen hat sich die populistische einzudrängen versucht: ohne allen Erfolg. Noch weniger haben die sonstigen kleinen Splitter machen können, die prohibitionistische (Antialkohol), die sozialdemokratische usw. Es kommen nicht einmal Stichwahlen in Frage, denn es gibt immer nur die relative Mehrheit. Niemand will „sein Votum wegwerfen“. Man schließt sich irgendeiner der beiden um den Sieg ringenden Parteien an. Die Organisation der beiden sucht alles zu umschließen und trifft dabei Verkehren, denen Europa nichts an die Seite zu setzen hat. Es gehören ungeheure Parteifonds dazu. Unter andern muß jeder Beamte bestimmte Prozentsätze von seinem Gehalt in die Kassen der Partei zahlen, der er seine Ernennung verdankt. Daß er sich die Mittel dafür oft erst durch Unterschleife oder Bestechlichkeit verschafft, stört die Amerikaner nicht, obwohl dadurch ein häßlicher Flecken auf ihr ganzes Parteiwesen fällt. Nun darf man nicht denken, daß die Republikaner, weil sie seit 1860, also seit siebenundvierzig Jahren, nur acht Jahre nicht das Bundespräsidium besessen haben, die Verfügung über alle Stellen gehabt hätten. Viele Einzelstaaten sind in den Händen der im Gesamtgebiet unterlegnen Partei, und die Gemeinden haben oft ein andres Parteiregiment als der Einzelstaat, dem sie angehören. Der alte einst sklavenhalterische Süden ist noch immer im Besitze der mehr freihändlerischen demokratischen Partei; den größten Teil des Nordens halten die schutzöllnerischen Republikaner unentziehbar in Händen. Manche Staaten schwanken; zu diesen gehört der wichtigste von allen: Newyork. Zurzeit ist das Staatsregiment republikanisch, das fast eben so wichtige Regiment der Riesenstadt Newyork demokratisch, wie fast immer. Beide Parteien gebrauchen außer dem Tribut von Beamten, Lieferanten usw. noch riesige Beiträge zu den Kassen. Die Hauptspender für die republikanischen Kassen sind die Trusts. Diese geben das Geld millionenweise und haben damit einen verhängnisvollen Einfluß auf die ganze Partei. Wenn sie eine „Temporalien Sperre“ in Aussicht stellen, wie wir bei Gelegenheit der Kandidaturen für 1904 schon bemerkt haben, so gerät die Parteileitung in die größten Sorgen.

Obendrein sind die Trusts allmächtig im Bundeszenat. Da im Norden die von ihnen abhängige republikanische Partei die Zügel in der Hand hat, so kommen nur die geldspendenden Trustmagnaten selber oder doch ihre nächsten Freunde in den Senat. Der alte sklavenhalterische Süden wählt zwar Demokraten, aber diese bleiben immer in der Minderheit, wenn nicht aus dem Norden

einige hinzukommen. Das ist sehr schwierig, zumal da bei einigen jungen, volksarmen Staaten im fernen Nordwesten, die nicht von Haus aus zu den republikanischen gehören, manchmal Mittel durchschlagend sind, über die die Trusts am reichlichsten verfügen. Daher scheitern gesetzgeberische Maßregeln gegen die Trusts noch leicht im Senat, oder sie werden dort in einer Weise umgestaltet, daß sie dem bekannten Lichtenbergschen Messer ohne Griff und Klinge gleichen. Der Senat wird nicht, wie das Repräsentantenhaus, alle zwei Jahre neu gewählt, er ergänzt alle zwei Jahre nur ein Drittel seiner Mitglieder, wodurch die einmal im Besitze befindliche Partei nur um so länger darin erhalten wird. Man nennt deshalb den Senat in Amerika manchmal eine Filiale der Trusts, den Senatoren wird nachgesagt, sie seien nur die Kommiss der Newyorker Milliardäre. Man erzählt Geschichten, daß, wenn eine gewisse Senatsminderheit Miene gemacht habe, nicht nach der Pfeife dieser Herren zu tanzen, z. B. bei dem letzten Zuckerzoll, sie geschwind an irgendeiner Aktienspekulation beteiligt worden sei, bei der sie so viel hätte verdienen müssen, daß sich ihre Ansichten änderten. Das sind, wie gesagt, amerikanische Anschuldigungen, nicht die unsrigen.

Man sieht, daß tief gepflügt werden muß, wenn man das Unkraut dieser Korruption ausrotten will. Präsident Roosevelt hat, wie wir schon geschildert haben, manches getan, aber noch nichts entscheidendes. Vor allem läßt er den Zolltarif unangefochten. Ob er ihn nun selber für so vortrefflich hält, oder ob er nur den Kampf dagegen als hoffnungslos ansieht, das bleibe dahingestellt. Dagegen erweist sich das Gesetz über die Beaufsichtigung der mehrere Staaten berührenden Eisenbahnen wirksamer, als es die Trusts erwartet haben. Die Notwendigkeit, die Tarife zu veröffentlichen, hat vielen geheimen Manipulationen die Möglichkeit abgeschnitten. Neben den Kunden der Bahnen sehen sich auch deren Aktionäre in ihren Interessen geschützt. Immer lauter wird das Verlangen nach Verstaatlichung der hauptsächlichsten Bahnen. Es gelingt den Trusts nicht mehr, dieses als einen Vorstoß der Besitzlosen gegen das Privateigentum hinzustellen, und in vielen Ländern ist die Maßregel vollständig durchgeführt worden, ohne eine schädliche Wirkung ausgeübt zu haben.

Und doch ist es auch damit wieder spezifisch amerikanisch gegangen. Der ehemalige demokratische, silberfreundliche Präsidentschaftskandidat Bryan hatte 1906 eine Fahrt um die Welt gemacht und kehrte im vorigen Spätsommer von ihr nach Newyork zurück. Er wurde von den Seinen wie ein Triumphator empfangen. Alle Staaten hatte ihre Deputierten entsandt. In seiner großen Empfangsrede stellte er als zukünftigen Programmpunkt u. a. die Verstaatlichung der hauptsächlichsten Bahnen auf, die bisher noch niemals in ein Parteiprogramm aufgenommen worden war. Mit allem andern traf er das Herz seiner Zuhörer, mit seinem Born gegen die Trusts, gegen den Zolltarif, gegen den Imperialismus, aber der Gedanke an Eisenbahnverstaatlichung war so unpopulär, daß die Rede geradezu als ein Mißerfolg ersten Ranges angesehen werden konnte. Nicht

nur die Republikaner verurteilten sie, sondern auch die meisten Demokraten. An der Spitze der ihn verdammenen Demokraten stand Mr. Hearst, ein Mann, der selber nach der Präsidentschaftskandidatur strebt. Der Grund der Unpopularität ist der, daß es den Amerikanern so schwer wird, an eine ehrliche, unparteiische Staatsbahnverwaltung zu glauben. Man ist überzeugt, daß nicht nur viel gestohlen und veruntreut wird, sondern daß alle Ämter nach Parteilichkeit und auf Grund von Bestechungen besetzt werden. Man fürchtete also dadurch vom Regen in die Traufe zu kommen. Es ist jedoch fraglich, ob diese Stimmung immer vorhalten wird. Es mehren sich doch auch die Vorkämpfer einer Verstaatlichung. Sie sagen: schlimmer, als es jetzt ist, kann es auch im Staatsbahnbetriebe nicht werden, wohl aber viel besser. Es ist doch wohl eine Verwaltungsorganisation denkbar, die auf Ehrlichkeit und Unparteilichkeit beruht und dem Parteiwesen entzogen bleibt.

Präsident Roosevelt hat bis jetzt noch keine Stellung dazu genommen. Sein Zusammenstoß mit den Eisenbahnmagnaten Harriman und Genossen ist sehr heftig gewesen, aber wie sich die Sache weiter entwickeln wird, weiß man noch nicht. Roosevelt hat bisher erklärt, er werde für die Präsidentenwahl im November 1908 nicht wieder kandidieren. Es gilt nämlich, obgleich die Bundesverfassung nichts darüber bestimmt, als ein geheiligtes Herkommen, daß niemand öfter als zweimal zum Präsidenten gewählt werden dürfe. Washington hat das abgelehnt, und niemand hat auch nur zum drittenmal kandidiert. Man sieht darin eine Bürgschaft gegen das Aufkommen einer Monarchie oder einer Diktatur, wie sie zum Beispiel in Mexiko besteht. Nun hat aber Roosevelt auch noch nicht zum zweitenmal kandidiert. Nur durch den plötzlichen Tod Mac Kinleys ist er vom Vizepräsidenten zum Präsidenten aufgerückt. Es wird nun also stürmisch von seinen Anhängern verlangt, er solle sich 1908 wieder als Kandidat aufstellen lassen, also zum zweitenmal. Seine Popularität sei so groß, daß er sicher gewählt werde. So unbedingt feststehend wäre das doch wohl nur in dem Falle, daß er wieder wie 1904 als der Gegner der Trusts kandidierte und doch von diesen unterstützt würde. Denn da die relative Stimmenmehrheit entscheidet, so würde eine Spaltung der Republikaner den Sieg der Demokraten bedeuten, falls diese sich nicht etwa ebenfalls spalteten. Eben darum ist der jetzige Zusammenstoß zwischen Roosevelt und den Trusts so bedeutungsvoll. Diese scheinen noch zu hoffen, daß sie einen Trustfreund durchbringen, wenn nur Roosevelt an seiner Erklärung, eine abermalige Kandidatur abzulehnen, festhält. Sie sind längst darauf aus, einen trustfreundlichen Kandidaten in den Vordergrund zu schieben. Früher wurde der Schatzsekretär Shaw genannt, der vor kurzem dieses Amt aufgegeben hat; er war einer der hitzigsten Trustfreunde, ist aber dadurch, daß er selbst das Präsidium in einer Newyorker Trustgesellschaft übernommen hat, unmöglich geworden. Statt dessen ist der Sprecher des Repräsentantenhauses, Cannon, in den Vordergrund getreten. Der jetzige Schatzsekretär Cortelyou und die Staatssekretäre Root und Taft sind befreundet mit Roosevelt. Sie kämen als dessen

Kandidaten in Betracht, falls er selbst bei seiner Weigerung verharret. Welcher von ihnen, das ist noch nicht klar. Ob Roosevelt nun kandidiert oder nicht, auf alle Fälle steht die Geschlossenheit der republikanischen Partei in Frage, und das ist für das amerikanische Parteiwesen ein Umstand von der allergrößten Tragweite, namentlich auch im Hinblick auf den Kampf gegen die Trusts.

Inzwischen gehen auch auf demokratischer Seite seltsame Dinge vor sich. Der Gegensatz zwischen Bryan und Hearst hat sich vergrößert. Bryan hat den Staub der Silberwährungspolitik vorläufig von seinen Füßen geschüttelt. So lange die Goldbausbeute der Welt so groß bleibe, müsse sich der Bimetallismus auf das Abwarten beschränken. Doch würde seine Zeit schon wieder kommen. Im übrigen aber: gegen den Imperialismus, gegen die Trusts und darum auch gegen den Hochschutzzoll, der das einzige Mittel sei, mit dem die Trusts ihre gemeinschädliche Allmacht aufrecht erhielten. Von der Verstaatlichung der Eisenbahnen ist auf demokratischer Seite nicht viel mehr die Rede gewesen. Die Partei behält sich ihre Stellung vor. Hearst ist ein Mann von mindestens sehr zweifelhaftem Charakter. Er kam vor einem Jahrzehnt aus dem fernen Westen nach Newyork. Die Millionen in seinem Vermögen sollten ihm dienen, eine Rolle zu spielen. Und sie haben es getan. Hearst wurde Massenbesitzer von Zeitungen. Er kaufte alte, gründete neue. Er hatte das Talent, sich mit einem Stabe guter Kräfte zu umgeben. Die vielen Zeitungen und Zeitschriften seines Verlages, teils in Newyork, teils weit über das Land zerstreut, nützten und unterstützten sich gegenseitig. Und dann: sie dienten alle einem großen Zweck, der Verbreitung des Ruhmes ihres Verlegers. Man kannte bald kaum einen prominentern Mann in der demokratischen Partei als Mr. Hearst. Schon bei der Präsidentenwahl von 1904 strebte er die Ernennung zum demokratischen Kandidaten an. Das mißlang. Zugleich war er nichtoffizieller, wilder Kandidat für den Posten eines Gouverneurs des Staates Newyork. Er fiel glänzend durch. Trotzdem wurde er im November 1906 offizieller Kandidat für dieses Amt. Es ist eines der wichtigsten nach dem des Bundespräsidenten. Wer es einnimmt, der hat die größte Aussicht, das nächstemal zum offiziellen Parteikandidaten für das oberste Amt ernannt zu werden, falls seine Partei eine Kandidatur offen hat. Hearst war Demokrat, die Demokraten haben freie Hand, sie können aufstellen, wen sie wollen, denn kein anderer hat diesmal ein älteres Recht. Die Demokraten haben noch niemals gesiegt, wenn sie nicht den Staat Newyork für sich gewonnen haben. Und wer könnte also der geeignetere Präsidentschaftskandidat sein als der, den soeben der entscheidende Staat an seine Spitze berufen hatte? Roosevelt befürchtete einen solchen Gang der Dinge so ernstlich, daß er den ganz ungewöhnlichen Schritt tat, seinen Privatsekretär nach Newyork zu schicken und dort öffentlich erklären zu lassen, daß Hearst an der Ermordung Mac Kinleys einen großen Teil der Schuld trage. Seine gewissenlosen Sensationsblätter hätten die Stimmung der Gefeklosigkeit verbreitet, die den Mörder, der an sich ein stupider Mensch gewesen sei, zu seiner unseligen Tat verleitet habe. Eine

furchtbare Anklage, ausgesprochen vom Oberhaupt der Nation. Trotzdem war die Wirkung nur gering. Hearst wurde allerdings nicht zum Gouverneur gewählt, aber um ein Haar hätte er den Sieg doch errungen. Sein Haß gegen Roosevelt erreichte natürlich seinen Siedepunkt, zugleich wuchs Hearst in seinen und seiner Anhänger Augen zum einzig möglichen demokratischen Präsidentschaftskandidaten für 1908 empor. Man behandelte Bryan als eine abgetane GröÙe. Hearst war der kommende Mann. Zwar hat er viele Gegner innerhalb seiner eignen Partei; aber deren Zahl gegen die der Anhänger abzuschätzen, dafür fehlt es zurzeit an jeglichem Maßstabe.

Er ist ein Gegner der Trusts, ist es bisher wenigstens gewesen. Eines verbindet ihn trotzdem mit den Riesenkapitalisten. Das ist sein Widerspruch gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Ja noch eins: sein Haß gegen Roosevelt. Darum sollen sich diese beiden Antipoden, der demokratische Streber und die republikanischen Trustmagnaten einander genähert haben, um gemeinsam die Kandidatur Roosevelts oder eines seiner Gesinnungsgenossen zu bekämpfen. So melden wenigstens die neusten Drahtnachrichten. Man muß immer dabei im Auge behalten, daß die relative Stimmenmehrheit entscheidet, daß also, wenn sich von den beiden Parteien die eine spaltet, die andre eine vortreffliche Aussicht auf Sieg hat.

Nach alledem tun sich fünf Möglichkeiten auf: 1. die Wiederwahl Roosevelts, 2. die Wahl eines Gesinnungsgenossen, 3. die eines Vertrauensmannes der Trusts, 4. die Mr. Bryans, 5. die Mr. Hearsts.

Es liegt auf der Hand, daß daraus auch für die nichtamerikanische Welt weitgehende Folgen entspringen können. Gelangt zum Beispiel Bryan zum Siege, so verbessern sich die Aussichten auf Mäßigung des Schutzzolltarifs, auf einen vernünftigen Handelsvertrag, wengleich mindestens für fernere zwei Jahre der Senat alle Reformen unmöglich machen wird. Auch wird der Imperialismus eine Abschwächung erfahren. Vielleicht wird man dann die Philippinen fahren lassen. Doch ist kaum anzunehmen, daß man mit Japan auf einen bessern Fuß kommt, denn die demokratische Partei tritt von jeher und auch jetzt für die Selbständigkeit der Einzelstaaten gegenüber der Bundesgewalt ein. Der Gegensatz zwischen Japan und Kalifornien ist nur oberflächlich beigelegt worden. Auf vermittelnde Einwirkung der Bundesregierung hat sich Kalifornien bewegen gesehen, das Verbot des Besuchs der für WeiÙe bestimmten öffentlichen Schulen durch Farbige aufzuheben. Aber dafür hat es das Zugeständnis erlangt, daß Japan fortan keine Pässe mehr an Kulis erteilt. Um Kulis, das heißt gewöhnliche Arbeiter, hat sich aber der ganze Streit gedreht. Sie sind es, für die Japan Luft schaffen muß, da ihre Heimat zu eng geworden ist. Sie sind es, die Kalifornien nicht will, weil sie durch Unterangebot den Wert der Arbeit der WeiÙen drücken, und weil eine ungehemmte Zuwanderung Kalifornien in eine japanische Provinz verwandeln würde. Kalifornien hat der sehr japanfreundlichen Botschaft Roosevelts sehr deutlich entgegengestellt, daß die

Bundesregierung in Schulangelegenheiten rein gar nichts zu sagen habe, weil sie nach der Verfassung den Einzelstaaten zustehn. Kommt also Bryan ins Weiße Haus, so wächst die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Japan. Zugleich würde damit die Union in der durch Roosevelt so eifrig betriebnen Flottenrüstung lässiger werden. Denn die Demokraten bekämpfen den ganzen Imperialismus nicht zum wenigsten wegen der Rüstungen.

Welche Wege ein Mann wie Hearst einschlagen würde, über dessen Charakterfestigkeit noch so wenig bekannt ist, dem vielmehr eine so weitgehende Charakterlosigkeit nachgesagt wird, entzieht sich jeder Vermutung.

Übereinstimmend sagen alle Nachrichten aus den Vereinigten Staaten, daß ein Vertrauensmann der Trusts keine Aussicht habe, gewählt zu werden. Man muß also annehmen, daß die kleine Armee in die Mobilisierung übertritt, um im kritischen Augenblick ihre Macht nach dieser oder nach jener Seite überzuführen, je nachdem, was ihr am vorteilhaftesten ist. Sie „wird auf der Fenz sitzen“, wie der bezeichnende amerikanische Ausdruck lautet. Vermutlich wird sie daraufhin arbeiten, im letzten Augenblick mit dem trustfeindlichen Flügel der Republikaner ein möglichst gutes Abkommen zu treffen. Sie wird danach trachten, sich die Gewißheit zu verschaffen, daß die Maßregeln gegen sie selber ein bestimmtes Maß nicht überschreiten, was zum Beispiel fürs Zollwesen sehr bedeutsam werden könnte. Dafür könnten ihr schon eine Anzahl Millionen in der Tasche locker sitzen. Käme dennoch durch einen der bei allgemeinen Wahlen stets möglichen Zufälle ein Trustfreund an die Spitze der Nation, so würde dieser wahrscheinlich alles aufbieten, die Leidenschaften der Wählerschaft auf andre Dinge zu lenken. Hochschutzzoll, Panamerikanismus, Imperialismus, Reibereien mit Japan, mit europäischen Mächten wären Dinge, denen man entgegensehen müßte.

Klarer entfaltet sich die Perspektive, wenn Roosevelt selber oder ein unter seiner Agide stehender Mann die Palme davontrüge. Wenn er sich nicht durch ein faules Kompromiß mit den Trusts die Hände binden ließe, so wäre kaum etwas andres zu erwarten als ein planmäßiger Versuch, den Newyorker Riesenkapitalisten den Daumen aufs Auge zu drücken. Dann wäre eine Reihe der schärfsten Maßnahmen gegen sie zu erwarten. Und wenn man auch noch so fest davon überzeugt ist, daß die amerikanischen Straf- und Kontrollgesetze nur schwer gegen die Milliardenäre zur Anwendung zu bringen sind, so weiß man doch nicht, wohin eine Aktion gelangt, die von einem so klugen und charaktervollen Manne wie Roosevelt geführt und von dem besten sittlichen Bewußtsein der Nation getragen wird. Die Rockefeller und Genossen mögen sich mit Besorgnis des alten Wortes erinnern: man sieht wohl, wo die Sache anfängt, aber nicht, wo sie endet. Vielleicht kommt Roosevelt dann auf die früher von ihm empfohlne Politik der Mäßigung der Einfuhrzölle zurück. Es ist aber auch denkbar, daß er, um die Schutzzollneigungen seiner Partei nicht zu reizen, gerade auf diese Mittel verzichtet, um alle die andern um so unbe-

hinderter handhaben zu können. Auf diese Dinge dürfte das Verhalten der Arbeiterschaft einen großen Einfluß haben. Noch stehen erst ganz kleine Teile von ihr auf sozialdemokratischem Boden. Die große Masse wirkt mit den bürgerlichen Parteien zusammen, jedoch nicht einheitlich, sondern in beide Lager verteilt. An Bemühungen, sie einheitlich zu organisieren, hat es nicht gefehlt; man sucht sie dafür zu gewinnen, ihr Gesamtgewicht als Arbeiterpartei geltend zu machen. Beide bürgerlichen Parteien würden dann wetteifern, ihre Gunst zu erringen. Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik ist Präsident Roosevelts Bahn klarer zu übersehen. In den letzten Jahren neigt er ausgesprochen dem wirtschaftlichen Panamerikanismus zu, der sich gegen den europäischen Handel wendet. Den politischen Panamerikanismus hat er immer verschmäht, und das mit so triftigen Gründen, daß man an ihrem Ernst nicht zweifeln kann. Roosevelts Imperialismus ist etwas anderes. Ihn haben wir vor allem in dem Entschluß vor uns, die Philippinen zu behaupten. Im übrigen hat Roosevelt so viele Beweise einer weisen, besonnenen Politik geliefert, daß man auch für ein neues Lustrium die kluge Fortsetzung des bisherigen Kurses von ihm erwarten darf. Seine Bemühungen, den Konflikt mit Japan aus der Welt zu schaffen, sind ein Ruhmeskranz für ihn. Vielleicht denkt er an eine ferne Zukunft, die die Karten ganz anders gemischt hält. Für diese dürfte die starke Flottenvermehrung bestimmt sein, für die er unausgesetzt eintritt.

Uns Deutschen wird es um so leichter, ihm volles Vertrauen entgegenzubringen, als die ausgesprochen deutschfreundliche Rede, die der amerikanische Botschafter für Deutschland, Mr. Charlemagne Tower, am 8. April im Manhattan-Club zu Newyork gehalten hat, vorher seine Billigung gefunden haben muß.



Zur Reichssteuerreform*)



or langen Jahren erinnere ich mich in Raumers Geschichte der Hohenstaufen von einer Lombardenstadt gelesen zu haben, die einmal ihre Signori absetzte, weil diese den Patriotismus der Bürgerschaft durch die Ausschreibung einer zu kleinen Umlage beleidigt hatten. Bei der Verbreiterung des Stadtstaates zum Großstaate hat diese Art Patriotismus eine so starke Verdünnung erlitten, daß heute nichts mehr davon zu spüren ist. Als Bismarck das Tabakmonopol

*) Die Reichsfinanzreform von 1906. Ein Rückblick auf ihre Geschichte von Hugo Eynsichmann, Doktor der Staatswissenschaften, Redakteur der Kölnischen Zeitung. Stuttgart, Heinrich Moritz, 1906. — Die neuen Reichssteuern von Dr. Hugo Eynsichmann. Zweites Heft des dritten Bandes der Burschenschaftlichen Bücherei. Berlin W, Carl Heymann, 1906. — Die deutsche Finanz-Reform der Zukunft. Dritter Teil von „Staatsstreich oder Reformen“ von einem Ausland-Deutschen. Zürich, Zürcher & Furrer, 1906.